

IWH-Pressemitteilung 25/2013

Halle (Saale), den 20. Juni 2013

20. Juni 2013

Podiumsdiskussion: Brauchen wir eine Reform des Länderfinanzausgleichs?

Das gegenwärtige Finanzausgleichssystem gerät immer wieder in die Kritik, Bayern und Hessen klagen sogar dagegen. Andererseits sind die Bundesländer auf einen leistungsfähigen Länderfinanzausgleich angewiesen, um sich den großen finanzpolitischen Herausforderungen (demographischer Wandel, Ausgleich der öffentlichen Haushalte, globaler Wettbewerb) erfolgreich stellen zu können. Das IWH lädt daher zur **12. Langen Nacht der Wissenschaften** Ökonomen und Politiker ein, gemeinsam über die Zukunft des Länderfinanzausgleichs zu diskutieren.

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Martin Altemeyer-Bartscher
Telefon:
+49 345 7753 735
E-Mail:
mar@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

BMWi, BMF, Finanz- und
Wirtschaftsministerien der
Länder

Wissenschaftliche

Schlagwörter:
Öffentliche Finanzen,
Öffentlicher Haushalt,
Finanzpolitik,
Schuldenbremse,
Länderfinanzausgleich

Freitag, 5. Juli
20:00 - 21:30 Uhr

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Kleine Märkerstraße 8
06108 Halle

- Wie geht es weiter mit dem Länderfinanzausgleich?
- Ist das gegenwärtige System gerecht?
- Welche Reformoptionen gibt es?
- Welche finanzpolitischen Herausforderungen ergeben sich für die Bundesländer?
- Wie kann die Qualität der öffentlichen Finanzen verbessert werden?
- Welche Bedeutung hat der Finanzausgleich für die ostdeutschen Länder?

Es diskutieren:

Jun.-Prof. Dr. Martin Altemeyer-Bartscher ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzpolitik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Als Experte für den Länderfinanzausgleich leitet er am IWH die Forschungsgruppe „Haushaltsregeln in föderalen Systemen und Zeitkonsistenz“.

Oswald Metzger ist seit 2009 Mitglied der CDU. Von 1994 bis 2002 war er als Bundestagsabgeordneter der Grünen Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss. Für Kontroversen sorgte sein 2003 erschienenes Buch „Einspruch! Wider den organisierten Staatsbankrott“, in dem er die Folgen von Verschuldung und demographischer Entwicklung diskutiert und zu einer nachhaltigen Finanzpolitik aufruft. Er war Fellow der Bertelsmann-Stiftung und Distinguished Fellow des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin.

Michael Richter kann auf langjährige Erfahrungen in der Steuer- und Finanzverwaltung in Berlin und Brandenburg zurückblicken. Von 2011 bis 2012 war er Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Anfang 2012 wechselte er als Staatssekretär in das Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt unter Minister Jens Bullerjahn (SPD).

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Prof. Dr. Robert Schwager ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die öffentlichen Finanzen und der kommunale Finanzausgleich. Von 2005 bis 2009 war er Sachverständiger in der Enquête-Kommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“ des Landtages von Sachsen-Anhalt.

Dr. Dorothea Siems ist promovierte Volkswirtin und seit 2010 Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik bei der Zeitung DIE WELT. In diesem Jahr wird sie mit dem Publizistik-Preis der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung ausgezeichnet.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Jun.-Prof. Dr. Martin Altemeyer-Bartscher

Tel.: +49 345 7753 735, E-Mail: Martin.Altemeyer-Bartscher@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Orphal

Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht die transformationsbedingten ökonomischen Besonderheiten in Ostdeutschland und Mittelosteuropa, die es zu überwinden bzw. zu gestalten gilt, sowie den fortdauernden Prozess der ökonomischen Integration in Europa. In drei Forschungsabteilungen (Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik) erarbeitet das IWH darüber hinaus wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. So ist das IWH beispielsweise Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter <http://www.leibniz-gemeinschaft.de>.